

## 17. Wahlperiode

### Schriftliche Anfrage

#### der Abgeordneten Anja Schillhaneck und Claudia Hämmerling (GRÜNE)

vom 06. Januar 2016 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 14. Januar 2016) und **Antwort**

#### Entschädigungen für die ehemaligen jüdischen Zoo-Aktionäre?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Die Schriftliche Anfrage betrifft Sachverhalte, die der Senat nicht in eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl bemüht, Ihnen eine Antwort auf Ihre Anfrage zukommen zu lassen und hat daher die Zoologischer Garten Berlin AG (Zoo AG) um eine Stellungnahme gebeten, die von dort in eigener Verantwortung erstellt und dem Senat übermittelt wurde. Die Stellungnahme wurde der Beantwortung zugrunde gelegt.

1. Der Berliner Zoo kündigte in der Pressemitteilung „Zoo Berlin stellt sich aktiv seiner NS-Vergangenheit“ vom 07. Dezember 2015 an, eine Ausstellung zur Geschichte des Zoos im Antilopenhaus zu konzipieren sowie ein Fellowshipprogramm zur Stärkung des wissenschaftlichen Austausches zwischen Deutschland und Israel zu finanzieren. Die Pressemitteilung gibt an, dass die Gesamtkosten der Projekte im mittleren sechsstelligen Bereich liegen. Wie sehen die aktuellen Kostenkalkulationen für die Einzelprojekte aus?

Zu 1.: Die Zoo AG gibt die Kostenkalkulation für das Fellowship Programm mit 200.000 € und für die geplante Ausstellung mit 120.000 € an.

2. Die jüdischen Aktionäre des Berliner Zoos bzw. deren Erben wurden bislang nicht finanziell entschädigt. Planen Zoo oder Senat eine solche Entschädigung? Wenn ja, bis wann und wie wird diese Entschädigung geregelt? Wenn nein, warum nicht?

Zu 2.: Wie bereits bei der Beantwortung der Schriftlichen Anfrage Drucksache 17/17601 vom 11. Dezember 2015 dargelegt, ist die Geltendmachung von Rückübertragungs- und Entschädigungsansprüchen bundesweit im Vermögensgesetz geregelt. Der Gesetzgeber hat für Vermögensgegenstände wie die Beteiligung an Unternehmen gem. § 30a Abs. 1 Satz 1 HS 2 Vermögensgesetz eine Frist bis zum 31. Dezember 1992 festgesetzt. Gegenüber der Zoo AG seien bis heute keine konkreten Ansprüche gestellt worden.

3. Das Fellowshipprogramm ist auf 5 Jahre befristet. Planen Zoo oder Senat eine Verlängerung des Programms? Wenn ja, wie sehen die aktuellen Planungen dazu aus? Wer trägt die Kosten hierfür?

Zu 3.: Über eine mögliche Fortsetzung des Programms werde der Aufsichtsrat der Zoo AG zu gegebener Zeit entscheiden.

4. Werner Cohn, der Erbe eines ehemaligen Jüdischen Aktionärs, der die Aufarbeitung des Zoos ins Rollen brachte, forderte in Vergangenheit immer wieder Großspenden an einen Zoo in Israel. Wurde diese Frage ernsthaft in Senat oder den Organen des Zoos diskutiert? Warum wurde sie nicht weiter verfolgt?

5. Die angekündigte Ausstellung soll die 170-Jährige Geschichte des Zoos darstellen. Gibt es Planungen dazu, nicht nur die Geschichte des Zoos im Nationalsozialismus sondern auch die jahrzehntelang Verschleppte Aufarbeitung – inklusive der Leugnung der Vergangenheit bis ins Jahr 2000 – in die Ausstellung aufzunehmen? Ist beispielsweise im Gespräch, den Brief von Dr. Richard Lehmann, dem Anwalt des Zoos im Jahr 2000, auszustellen, indem jede Enteignung von jüdischen Aktionären bestritten wurde?

6. Welche Forschungsarbeiten zur Geschichte des Zoos im Nationalsozialismus hat der Zoo bzw. der Senat bislang (mit-)finanziert? Welche zukünftigen Forschungsarbeiten hierzu plant der Senat bzw. der Zoo auszusprechen oder (teilweise) zu finanzieren?

Zu 4. bis 6.: Nach mehrfachen und ernsthaften Diskussionen habe der Aufsichtsrat eine Großspende als nicht geeignete Geste der Wiedergutmachung des in der Zeit des Nationalsozialismus erfolgten Unrechts angesehen. Hinsichtlich einer Wiedergutmachung engagiere sich die Zoo AG durch öffentliche Aufarbeitung und Erinnerungsarbeit. Dazu zähle die geplante Ausstellung zur Geschichte des Zoos, die sich allen Kapiteln der Geschichte der Zoo Berlin AG sowie dem Umgang mit die-

ser Geschichte nach 1945 widmen werde. Im Rahmen der Ausstellungsvorbereitung werde es eine durch die Zoo AG finanzierte Forschungsarbeit über Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter im Zoo Berlin geben. Da sich die Ausstellung derzeit in der Konzeptionsphase befinde, könne eine detaillierte Aussage über Einzelthemen und Exponate derzeit noch nicht gemacht werden.

In der Vergangenheit habe die Zoo Berlin AG bereits die Publikation „Die jüdischen Aktionäre des Zoologischen Gartens zu Berlin – ihre Namen und ihr Schicksal, ihr Engagement und ihre Bedeutung für den Zoo der Stadt Berlin“ von Frau Monika Schmidt mitfinanziert.

Berlin, den 21. Januar 2016

In Vertretung

Dr. Margaretha Sudhof  
Senatsverwaltung für Finanzen

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 26. Jan. 2016)